

Presseinformation

Wiesbaden, 17. März 2017

12. Integrationsministerkonferenz

Staatssekretär Jo Dreiseitel: „Alle Teilnehmer der Konferenz sind davon überzeugt, dass auch die noch anstehenden Aufgaben zur Integration der Flüchtlinge mit vereinter Kraft bewältigt werden können“

Friedrichshafen. Der Bevollmächtigte des Landes Hessen für Integration und Antidiskriminierung, Staatssekretär Jo Dreiseitel, hat in den vergangenen beiden Tagen an der 12. Integrationsministerkonferenz in Friedrichshafen teilgenommen. Im Mittelpunkt der Tagung standen unter anderem die Themen: Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, Sprachförderung, Pflegeberatung für Menschen mit Migrationshintergrund, und psychosoziale Versorgung von Geflüchteten. „Alle Teilnehmer der Konferenz waren davon überzeugt, dass auch die noch anstehenden Aufgaben zur Integration der Flüchtlinge zwar weitere Zeit in Anspruch nehmen werden, aber mit vereinter Kraft bewältigt werden können“, fasst der Staatssekretär die Diskussionen zusammen. Die Stärkung der kommunalen Integrationsarbeit sei in diesem Zusammenhang ein besonderes Anliegen der Konferenzteilnehmer gewesen. „Denn Integration findet in Kindertageseinrichtungen, Schulen, Vereinen, Nachbarschaften, religiösen Gemeinden und am Arbeitsplatz statt. Je früher die Integration dort ansetzt, desto besser gelingt das spätere Zusammenleben.“

Das Land Hessen brachte bei der Integrationsministerkonferenz zwei Anträge ein, die einstimmig angenommen wurden. Die beiden Anträge zielen zum einen darauf ab, die Rahmenbedingungen für die Kursträger bei den Integrationskursen des Bundes zu verbessern und Qualifizierungsangebote für angehende Integrationskurslehrkräfte bedarfsgerecht auszubauen. Zum anderen soll der Bund bei seinen Angeboten zur Erstorientierung für Asylbewerber die Fahrtkosten und Kosten einer kursbegleitenden Kinderbetreuung übernehmen. „Eine Erstattung der Fahrtkosten und der Kosten für

eine kursbegleitende Kinderbetreuung ist bei den Erstorientierungskursen, die in den Kommunen und insbesondere im ländlichen Raum angeboten werden, zurzeit nicht vorgesehen. Wir sehen in der Übernahme dieser Kosten durch den Bund aber einen wichtigen Baustein, um die Zielgruppe noch besser zu erreichen“, so Dreiseitel.
